

# **37. Tagung des UN-Menschenrechtsrates 26.02.-23.03.2018**

## **Bericht und Auswertung**

### **Inhalt**

<b>I. Bericht</b>	<b>2</b>
<b>II. Auswertung</b>	<b>5</b>
<b>III. Dokumentation</b>	<b>6</b>
III.1. Berichte zu thematischen Menschenrechten	<b>6</b>
III.1.1 Sonderverfahren	<b>6</b>
III.1.2 Sub-Organs	<b>10</b>
III.1.3 OHCHR / UNSC	<b>10</b>
III.2. Länderberichte	<b>11</b>
III.3. Universal Periodic Review	<b>13</b>
III.4. Podiumsdiskussionen	<b>14</b>
<b>IV. Resolutionen</b>	<b>15</b>
Berufung neuer Mandatsträger/innen	<b>20</b>

Theodor Rathgeber  
Forum Menschenrechte  
[trathgeber@gmx.net](mailto:trathgeber@gmx.net)

Jugendheimstrasse 10  
34132 Kassel

## I. Bericht

Die 37. Tagung des UN-Menschenrechtsrates (MRR) schloss mit 42 Resolutionen und 14 Entscheidungen [zum *Universal Periodic Review* (UPR) Prozess]. Einzelne Resolutionen sahen sich mehreren schriftlichen Änderungsanträgen gegenüber (s. IV), die jedoch bis auf eine alle abgelehnt oder zurückgezogen wurden. Über 260 sogenannte Side Events wurden abgehalten.

Der **Hochkommissar für Menschenrechte**, Zeid Ra'ad al Hussein, leitete seinen schriftlichen Jahresbericht mit der Würdigung Nelson Mandelas anlässlich dessen 100. Geburtstags in 2018 ein. Dessen politische Führungsstärke in Sachen Humanität rage immer noch weit über die matten Eindrücke der vielen, vermeintlich starken Führer anderswo hinaus. Von den über 60 Staaten, die er angesichts ihrer Menschenrechtslage oder –Politik kritisch bewertete (u.a. Yemen, Kambodscha, China, die Malediven, Burundi, Türkei, Ungarn, USA, Österreich oder Venezuela [welch illustres Gemenge; TR]) war ihm insbesondere die Situation in Ost-Ghouta, Syrien, und Myanmar ein besonderes Anliegen. Andererseits zeigte er sich positiv überrascht von den Reaktionen der jeweiligen Regierungen auf seine Visiten u.a. nach Libyen, Peru, Guatemala, Indonesien oder Papua Neuguinea. Mit Blick auf das Thema Klimawandel verwies er auf die Folgen in Form von Abwanderung und zusehends schrumpfender Potentiale zur Umsetzung der WSK-Rechte vor allem in Afrika.

Im Vorgriff auf die Resolution zu den Folgen des Drogenkriegs für den Schutz der Menschenrechte verwies der Hochkommissar auf ein Rahmenkonzept vom April 2016, das von der UN Generalversammlung (UNGA) in einer Sondersitzung debattiert worden war (*Outcome Document of the UN General Assembly Special Session (UNGASS) on the World Drug Problem*). Es ist nur absehbar leider so, dass etwa die aktuellen Präsidenten der Philippinen oder Mexikos des Lesens zwar kundig sind aber nicht wollen. Beeindruckt zeigte sich Zeid Ra'ad al Hussein von der Wirkung der #MeToo-Bewegung, die es geschafft habe, die auch in reichen Ländern noch unabgegoltenen Frauenrechte erneut zu thematisieren.

Die Fact-Finding Mission zu **Myanmar** berichtete nicht nur über die Lage der Rohingya im Rakhine-Bundesstaat sondern auch aus den Bundesstaaten Kachin und Shan. Hier wie dort wurden Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht begangen einschließlich der Rekrutierung von Kindersoldaten. Da nicht zuletzt die Verantwortlichen auf Seiten des Militärs bis heute grundsätzlich straffrei ausgehen, spiegelte die Resolution zu Myanmar ([A/HRC/RES/]) 37/32 Wortwahl und Mandatsbeschreibung von Resolutionen aus der Zeit vor dem Reformprozess wider: Ausführlich wurde der Untersuchungsauftrag des Ländermandats aufgelistet sowie das Element einer unabhängigen, internationalen Fact-Finding Mission eingefügt, als Vorstufe zum sogenannten Triple III-Mechanismus.<sup>1</sup> Diese Form der Untersuchung ist für den Staat und Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen bedrohlicher, da hier Fakten gesammelt und Personen namhaft gemacht und veröffentlicht werden, allerdings vor Gericht bestehen müssen. Es war kein Zufall, dass China vehement gegen diese Resolution und diesen Mechanismus ainging und eine Abstimmung beantragte; die erste zu Myanmar nach langer Zeit. Entgegen ihrer sonstigen grundsätzlichen Ablehnung von Ländermandaten stimmten Staaten aus dem Kreis der Organisation islamischer Kooperation (OIC) wie Ägypten, Pakistan oder Saudi Arabien dafür.

---

<sup>1</sup> International, Impartial and Independent Mechanism; s. UNGA Resolution 71/248 para. 4 vom Dezember 2016.

Die Lage der Menschenrechte in **Syrien** und insbesondere in **Ghouta** wurde zunächst in einer Dringlichkeitsdebatte erörtert. Danach trug die Untersuchungskommission zu Syrien (*Independent International Commission of Inquiry*; CoI) mündlich ihren Bericht vor. Dieser verzeichnete eine verstärkte militärische Konfrontation um Ost-Ghouta. Obwohl dieser Fakt nicht zu übersehen war, kritisierte die syrische Diplomatie den Bericht als grundlegend defizitär, da keine Quellen vor Ort konsultiert worden wären. Die Regierung hatte ihr Möglichstes gegeben, damit dies unterblieb. In die Resolution 37/29 fand der Triple-III-Mechanismus ebenfalls Einzug und die CoI wurde befugt, Ergebnisse dieses UNGA-Untersuchungsmechanismus<sup>c</sup> mit auswerten zu dürfen.

Die Lage der Menschenrechte in **Burundi** wurde im ebenfalls mündlich vorgetragenen Bericht der CoI um den Aspekt der Justiz kritisch erweitert. Die Menschenrechtskommission (*Commission on Human Rights*; CoHR) zum **Südsudan** befasste sich vorwiegend mit den Gebieten Western Bahr, Central Equatoria und Upper Nil einschließlich der Verbrechen in den Jahren 2016 und 2017 (Bericht A/HRC/37/71). Das Mandat räumte der CoHR ausdrücklich das Recht ein, mit anderen Institutionen wie dem Hybrid Court oder der Wahrheitskommission zusammenzuarbeiten und deren Ergebnisse aufzunehmen. So finden sich in den Unterlagen zum Bericht auch konkrete Angaben zu Personen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Der Resolution zum **Iran** (37/30) stimmten zwar ähnlich viele Mitgliedsstaaten zu (21), wie in den Jahren zuvor; 2017:22 und 2016:20. Demgegenüber gab es deutlich weniger Gegenstimmen (7) im Vergleich zu 12 im Jahr 2017 und 15 im Jahr 2016.

Zu **Palästina** legte die OIC zusammen mit der diplomatischen Vertretung Palästinas insgesamt 5 Resolutionen vor. Die USA hatten im Vorhinein angekündigt, sich mit keinem der Texte überhaupt befassen zu wollen, beantragten jeweils eine Abstimmung und stimmten dagegen. Auch Großbritannien kündigte an, in Zukunft grundsätzlich mit Nein zu stimmen. Die EU forderte die OIC auf, Anzahl und Umfang der Resolutionen zum Bereich besetzte Gebiete in Palästina und Syrien zukünftig deutlich zu verringern. Der Diplomatie **Kambodschas** war selbst die Erörterung der Menschenrechtslage unter dem Aspekt der technischen Hilfe zu kritisch und wollte dies verhindern. Ein Statement von über 40 Staaten setzte dem einen Kontrapunkt entgegen und verlangte stattdessen einen mündlichen Bericht des Hochkommissars für die nächste Tagung im Juni.

Eine Zeit lang brachten Ägypten und Mexiko jeweils getrennte Resolutionsentwürfe zum Thema **Counter-Terrorismus** ein. In diesem März einigten sich beide Länder und ihre Unterstützer auf einen einzigen Text mit dem Titel *Terrorism and Human Rights*. Zur Resolution 37/27 brachte Südafrika zwar einen schriftlichen Änderungsantrag ein (L.63), der abgelehnt wurde und wie in den Jahren zuvor nationale Befreiungsbewegungen deutlicher vom Terrorismus unterschieden sehen wollte. Danach wurde die Resolution im Konsens verabschiedet.

Mexiko und die Schweiz legten einen Resolutionsentwurf zum Thema Bekämpfung des **weltweiten Drogenproblems** unter Berücksichtigung von Menschenrechten (*Countering the world drug problem with regard to human rights*) vor. Ägypten, Cuba, die Philippinen und die russische Föderationen sahen darin den Versuch, bisherige internationale Regeln zum Kampf gegen Drogen außer Kraft setzen zu wollen. Es war aber nicht so schwer, mit Blick just auf die Philippinen zu argumentieren, dass ein Menschenrechtsansatz bei der Drogenbekämpfung dringlich sei. Cubas schriftlicher Änderungsantrag (L.58) betonte bisherige Konventionen zur

internationalen Drogenüberwachung aus den Jahren 1961, 1971 und 1988 und fand damit Eingang in die Präambel der Resolution. Die Resolution 37/42 (*Contribution to the implementation of the joint commitment to effectively addressing and countering the world drug problem with regard to human rights*) wurde per Abstimmung angenommen.

Zum Themenbereich **Nachhaltigkeitsziele** lagen 2 Resolutionsentwürfe durch Chile und Dänemark einerseits sowie Südafrika andererseits vor. In der Substanz unterschieden sie sich nicht. Chile, Dänemark und andere Staaten zielten darauf ab (Resolution 37/24), dass der MRR zweimal im Jahr zum Austausch über gute Praktiken und Kooperation einladen sollte. Die Ergebnisse sollten als Beitrag des MRR in die Treffen des **High-Level Political Forum** (HLPF) zu den SDGs in New York eingebracht werden. Der Text Südafrikas (37/7) forderte den Präsidenten des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) auf, die Arbeit des MRR an den SDGs zu unterstützen. Beide Resolutionen wurden ohne Abstimmung angenommen.

Im Namen der für 2018 (bis 2020) neu in den MRR gewählten Mitgliedsstaaten nahm Australien zusammen mit Afghanistan, Angola, Chile, Mexiko, Nepal, Peru, Senegal, Slowakei, Spanien und Ukraine Stellung zu den Anforderungen gemäß UNGA Resolution 60/251, insbesondere, **höchsten Ansprüchen in Sachen Menschenrechte** zu genügen sowie mit dem MRR und seinen Mechanismen uneingeschränkt zusammen zu arbeiten. Ebenso verpflichteten sich diese Länder, eng mit der Zivilgesellschaft zu kooperieren.

Eine gewisse Unruhe verbreitete China mit seinem Resolutionsentwurf zur Förderung der internationalen Menschenrechte im Rahmen einer vorgeschlagenen Win-Win Zusammenarbeit (*Promoting the international human rights cause through win-win cooperation*). Das Denken in einem Win-Win-Format im Kontext des Menschenrechtsrates war schon ungewöhnlich genug. In der Präambel zum Resolutionsentwurf wollte China dann solche win-win-Situationen gleich als einzige Option der Zusammenarbeit in einer miteinander verschränkten Welt festschreiben. Zur win-win-Situation hätte auch gehört, dass die Souveränität und territoriale Integrität des Staates zur unabdingbaren Ausgangsbedingung für eine Beurteilung der Menschenrechtslage gehören sollte. Das ist wiederum eine alte Argumentation, um sich der kritischen Bewertung durch internationale Mechanismen wie den UN Vertragsorganen, der UN Sonderverfahren (*Special Procedures*) oder durch Staaten im Rahmen des UPR entziehen zu wollen.

Nach mehreren Verhandlungsrunden hatte sich nicht nur der Titel geändert: *Promoting mutually-beneficial cooperation in the field of human rights*. Aus dem Win-Win-Ansatz war eine gegenseitige Zusammenarbeit (*mutually-beneficial cooperation*) geworden, dessen Begriffe und Verständnis zwar immer noch vage blieben, aber eher im Rahmen der UNGA Resolution 60/251 (2006) verortet werden konnten, d.h. der Grundlage des MRR. Unbeschadet dieser Annäherung beantragten die USA eine Abstimmung und lehnten die Resolution 37/23 ab. 17 andere Staaten, darunter alle WEOG-Mitglieder,<sup>2</sup> enthielten sich.

Wenngleich die ursprünglichen Aussagen im Resolutionsentwurf im Abgleich mit den Menschenrechtsstandards entschärft werden konnten, blieb ein Unbehagen. War dieser Vorstoß Chinas doch Teil einer mittlerweile häufiger zu beobachtenden Dynamik im MRR. Seit 2016 legt China Entwürfe zu thematischen Resolutionen und Statements durch den Präsidenten vor, in

---

<sup>2</sup> Western and Other States-Group.

denen Chinas Sicht auf die Menschenrechte legitimiert werden soll. Grundsätzlich machen westliche Staaten nichts anderes. Die Menschenrechtspraxis in China verleiht allerdings selbst harmlos scheinenden Begriffen und Politikansätzen etwa zum Recht auf Entwicklung den Anstrich einer unheilvollen Wendung zur autoritären und kritiklosen Durchsetzung staatlicher Ziele. Auf den ersten Blick schien die Resolution außerdem einen Ansatz zu bieten, insbesondere WSK-Rechten zur besseren Durchsetzung zu verhelfen. Angesichts Chinas‘ Verständnis von Entwicklung, gegebenenfalls unter Missachtung der Menschenrechte, etwa dem Stadionbau in Peking oder den vielen Infrastrukturprojekten in Ländern des globalen Südens, wird hier jedoch besser keine Hoffnung investiert.

Nicht mit Ruhm bekleckerten sich die Mitglieder der WEOG-Staatengruppe in der Diskussion und Abstimmung über die Resolution 37/3 (*Integrity of the judicial system*). Hinter dem harmlosen Titel waren Fälle wie die Haft in Guantánamo, Abu Ghraib oder auch die früheren, exterritorialen, geheimen Haftzentren in Polen und anderswo Gegenstand der Resolution. Sie postulierte ein Recht aller auf einen fairen Prozess. Natürlich war diese Resolution eine Spitze gegen alle in dieses System verwickelte Staaten und die vielfältigen Vertuschungsbemühungen. Die USA sprachen der russischen Föderation, die den Text vorbereitet hatte, die lautere Haltung zu diesem Thema ab, da Russland selbst Rechtstaatlichkeit mit Füssen trete; in der Ukraine oder im Fall des Giftanschlags in Großbritannien. Letzteres ist wohl wahr, kann aber kein Hinderungsgrund sein, die grobe Verletzung von Rechten bei anderen anzuklagen. Ansonsten müssten die USA im Prinzip überwiegend stumm bleiben. Die Europäische Union hatte in den Konsultationen einige Änderungen in den Textentwurf einbringen können, entschied sich aber bei der Abstimmung für Enthaltung; vermutlich, um den Verbündeten USA nicht unnötig gegen sich aufzubringen.

## II. Auswertung

Im März zeigten sich erste Ergebnisse des – technischen – Reformprozesses, den der damalige Ratspräsident Joachim Rücker 2015 angestoßen hatte, der der Arbeit des Rates mehr Effizienz und Effektivität verschreiben wollte. Der Ratspräsident für 2018, der slowenische Botschafter Vojislav Šuc, wollte bereits für die 37. Tagung eine Verkürzung und Bündelung der sogenannten „allgemeinen Debatten“, die bislang zu jedem Tagesordnungspunkt in allen drei regulären Sitzungen stattfinden. Seine Reform sah vor, diese allgemeinen Debatten nicht mehr für jede Ratstagung anzusetzen. Außerdem sollten die Podiumsdiskussionen von drei auf zwei Stunden verkürzt werden. Beides war aber offensichtlich zu viel Reformeifer, zumindest für die Europäische Union und die Delegation Palästinas. Die EU befürchtete, die Debatte zum TOP 4, gravierende Menschenrechtslage in allen Ländern der Welt, könnte darunter leiden. Palästina befürchtete dies für TOP 7. Da solche Reformen bevorzugt im Konsens beschlossen werden sollen, fand die 37. Tagung noch im gewohnten Modus statt. Die Niederlande legten zusammen mit 50 anderen Staaten jedoch ein Statement vor, in dem sie die Reformierung technischer Abläufe als weiterhin wichtig erachteten und der Ratspräsidentschaft den Rücken stärkten, mit dem Ausloten von Neuerungen im Rahmen des *Long-Term Efficiency Process* fortzufahren.

Unbeschadet der chinesischen Umtriebe zur Umdeutung von menschenrechtlichen Standards, die es seit jeher gab, wenngleich nicht mit dieser strategischen Komponente, entwickelte der MRR abseits der öffentlichen Wahrnehmung sein Instrumentarium zwecks Verfeinerung des Mandats

weiter fort. Die Anlehnung an den Triple-III-Mechanismus der UNGA knüpfen an die vorhergehende Einführung sogenannter *Commissions of Inquiry* (CoI) an, deren Untersuchungsauftrag und Untersuchungsumfang, bedingt durch die personelle Vergrößerung, signifikant erweitert wurden. Die CoI zu Syrien hatte seit 2016 gerichtsverwertbare Fakten gesammelt und sie Sanktionsregimen seitens der USA und der EU informell zur Verfügung gestellt. Der Triple-III-Mechanismus umkleidet dieses Vorgehen mit einen offiziellen Rahmen.

Ohne Zweifel sind die Bemühungen Chinas ernst zu nehmen, gerade den Menschenrechtsbereich umzukrempeln, zumal die USA unter der Präsidentschaft von Donald Trump anscheinend nicht mehr die dynamische Rolle einnehmen wollen wie die Jahre zuvor. Die chinesischen Diplomat(inn)en beharken nicht nur den MRR sondern setzen auch die UN Vertragsorgane und das OHCHR zusehends unverhohlen unter Druck und drängen in New York auf Streichungen im UN Haushalt, die gezielt die UN Menschenrechtsinstitutionen betreffen. Andererseits beobachten Staaten aus Afrika, Asien und Südamerika, die dortige lokale Bevölkerung sowieso, die Selbstermächtigung Chinas als Entwicklungsförderer mit wachsendem Argwohn. Mit Gespür für strategische Kooperationen wären hier Verbündete für eine Gegenbewegung abzuholen, wenn denn die Staatengruppen WEOG oder GRULAG oder einzelne Länderallianzen daraus sich zwecks Koordinierung aus dem Fenster lehnen würden. Dort aber ist die – berechtigte – Furcht vor Chinas Vergeltung noch zu groß. Immerhin zeigte die Auseinandersetzung um die Resolution zur win-win-Kooperation, dass auch China momentan kein Durchmarsch möglich ist.

Die Bundesregierung fiel an drei Stellen wahrnehmbar positiv auf. Die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Bärbel Kofler, unterzeichnete einen Vertrag über einen freiwilligen Beitrag Deutschlands für das OHCHR im Jahr 2018 in Höhe von 2,7 Mio. Euro. Deutschland gehörte außerdem zusammen mit Brasilien, Österreich, Liechtenstein und Mexiko zu den Hauptunterstützern für die Resolutionen zum Recht auf Privatheit im digitalen Zeitalter und zum Recht auf angemessenes Wohnen; dort zusammen mit Brasilien, Finnland und Namibia. Beide Resolutionen wurden im Konsens verabschiedet. Kolleg(inn)en aus Sri Lanka aus der dortigen Zivilgesellschaft fanden außerdem lobende Worte über die Unterstützung ihrer Anliegen durch die deutsche Botschaft.

### **III. Dokumentation**

A/HRC/37/1	Agenda and annotations
A/HRC/37/2	Report of the Human Rights Council on its thirty-seventh session

#### **III.1. Berichte zu thematischen Menschenrechten**

##### **III.1.1 Berichte der Sonderverfahren**

A/HRC/37/37 Report on the twenty-fourth **annual meeting of special rapporteurs**/representatives, independent experts and working groups of the special procedures of the Human Rights Council (26-30 June 2017), including updated information on the special procedures

A/HRC/37/37/Add.1 **Facts and figures with regard to the special procedures** in 2017

A/HRC/37/80           **Communications report of Special Procedures**

A/HRC/37/80/Corr.1Corrigendum

A/HRC/37/81           **Conclusions and recommendations of special procedures - Report of the Secretary-General**

A/HRC/37/47           Annual report of the Special Representative of the Secretary-General for  
**Children and Armed Conflict**

A/HRC/37/48           Annual report of the Special Representative of the Secretary-General on  
**Violence against Children**

A/HRC/37/49           Report of the Special Rapporteur on **freedom of religion or belief**  
A/HRC/37/49/Add.1 Report of the Special Rapporteur on freedom of religion or belief on his mission to Albania  
A/HRC/37/49/Add.2 Report of the Special Rapporteur on freedom of religion or belief on his mission to Uzbekistan  
A/HRC/37/49/Add.3 Report of the Special Rapporteur on freedom of religion or belief, Ahmed Shaheed on his mission to Albania: comments by State  
A/HRC/37/49/Add.4 Report of the Special Rapporteur on freedom of religion and belief, Ahmed Shaheed on his mission to Uzbekistan: comments by State

A/HRC/37/50           Report of the Special Rapporteur on **torture** and other cruel, inhuman or degrading treatment of punishment

A/HRC/37/50/Add.1 Report of the Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman or degrading treatment of punishment on his mission to Turkey  
A/HRC/37/50/Add.2 Report of the Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment on his mission to Turkey: comments by the State

A/HRC/37/51           Report of the Special Rapporteur on the situation of **human rights defenders**

A/HRC/37/51/Add.1 Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights defenders - Observations on communications transmitted to Governments and replies received  
A/HRC/37/51/Add.2 Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights defenders on his mission to Mexico  
A/HRC/37/51/Add.3 Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights defenders on his mission to Australia  
A/HRC/37/51/Add.4 Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights defenders on his mission to Mexico: comments by the State

A/HRC/37/52           Report of the Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights while **countering terrorism**

A/HRC/37/53           Report of the Special Rapporteur on **adequate housing** as a component of

the right to an adequate standard of living, and on the right to non-discrimination in this context  
A/HRC/37/53/Add.1 Report of the Special Rapporteur on adequate housing as a component of the right to an adequate standard of living, and on the right to non-discrimination in this context on her mission to Chile

A/HRC/37/54 Report of the Independent Expert on the effects of **foreign debt** and other related international financial obligations of States on the full enjoyment of human rights, particularly economic, social and cultural rights: Development of guiding principles for assessing the human rights impact of economic reform policies - Note by the Secretariat

A/HRC/37/54/Add.1 Report of the Independent Expert on the effects of foreign debt and other related international financial obligations of States on the full enjoyment of human rights, particularly economic, social and cultural rights on his mission to Tunisia

A/HRC/37/54/Add.2 Report of the Independent Expert on the effects of foreign debt and other related international financial obligations of States on the full enjoyment of human rights, particularly economic, social and cultural rights on his mission to Panama

A/HRC/37/54/Add.3 Report of the Independent Expert on the effects of foreign debt and other related international financial obligations of States on the full enjoyment of human rights, particularly economic, social and cultural rights on his mission to Switzerland

A/HRC/37/54/Add.4 Report of the Independent Expert on the effects of foreign debt and other related international financial obligations of States on the full enjoyment of human rights, particularly economic, social and cultural rights on his mission to Tunisia:  
comments by the State

A/HRC/37/55 Report of the Special Rapporteur in the field of **cultural rights**

A/HRC/37/55/Add.1 Report of the Special Rapporteur in the field of cultural rights on her mission to Serbia and Kosovo

A/HRC/37/55/Add.2 Report of the Special Rapporteur in the field of cultural rights on her mission to Serbia and Kosovo: comments by the State

A/HRC/37/56 Report of the Special Rapporteur on the rights of **persons with disabilities**

A/HRC/37/56/Add.1 Report of the Special Rapporteur on the rights of persons with disabilities on her mission to the Democratic People's Republic of Korea

A/HRC/37/56/Add.2 Report of the Special Rapporteur on the rights of persons with disabilities on her mission to Kazakhstan

A/HRC/37/56/Add.3 Report of the Special Rapporteur on the rights of persons with disabilities on her mission to the Democratic People's Republic of Korea: comments by State

A/HRC/37/56/Add.4 Report of the Special Rapporteur on the rights of persons with disabilities on her mission to Kazakhstan: comments by the State

A/HRC/37/57 Report of the Independent Expert on the enjoyment of human rights by **persons with albinism**

A/HRC/37/57/Add.1 Report of the Independent Expert on the enjoyment of human rights by persons with albinism on her mission to the United Republic of Tanzania

A/HRC/37/57/Add.2 Report of the Independent Expert on the enjoyment of human rights by persons with albinism on the expert workshop on witchcraft and human rights

A/HRC/37/57/Add.3 Report of the Independent Expert on the enjoyment of human rights

by persons with albinism on the Regional Action Plan on Albinism in Africa (2017–2021)

A/HRC/37/58 Report of the Special Rapporteur on the issue of human rights obligations relating to the enjoyment of a safe, clean, healthy and sustainable **environment**

A/HRC/37/58/Add.1 Report of the Special Rapporteur on the issue of human rights obligations relating to the enjoyment of a safe, clean, healthy and sustainable environment on his mission to Uruguay

A/HRC/37/58/Add.2 Report of the Special Rapporteur on the issue of human rights obligations relating to the enjoyment of a safe, clean, healthy and sustainable environment on his mission to Mongolia

A/HRC/37/CRP.4 The Slow onset effects of climate change and human rights protection for cross-border migrants

A/HRC/37/59 Report of the Special Rapporteur on the issue of human rights obligations relating to the enjoyment of a safe, clean, healthy and sustainable **environment** on the expert seminar on best practices, lessons learned and the way forward with regard to human rights obligations relating to the enjoyment of a safe, clean, healthy and sustainable environment

A/HRC/37/60 Report of the Special Rapporteur on the **sale and sexual exploitation of children**, including child prostitution, child pornography and other child sexual abuse material

A/HRC/37/60/Add.1 Report of the Special Rapporteur on the sale and sexual exploitation of children, including child prostitution, child pornography and other child sexual abuse material on her mission to the Dominican Republic

A/HRC/37/61 Report of the Special Rapporteur on the **right to food**

A/HRC/37/61/Add.1 Report of the Special Rapporteur on the right to food on her mission to Zambia

A/HRC/37/62 Report of the Special Rapporteur on the **right to privacy**

A/HRC/37/63 Report of the Independent Expert on the promotion of a **democratic and equitable international order**

A/HRC/37/65 Study on the **contribution of transitional justice to the prevention of gross violations and abuses of human rights and serious violations of international humanitarian law, including genocide, war crimes, ethnic cleansing and crimes against humanity**, and their recurrence - Joint report of the Special Rapporteur on the promotion of truth, justice, reparation and guarantees of non-recurrence and the Special Adviser of the Secretary-General on the Prevention of Genocide

A/HRC/37/66 Report of the Special Rapporteur on **minority issues**

A/HRC/37/67 Report on the third session of the open-ended intergovernmental Working Group on **transnational corporations** and other business enterprises with respect to human rights

### **III.1.2 Sub-Organs**

- A/HRC/37/73      Recommendations of the **Forum on Minority Issues** at its tenth session
- A/HRC/37/74      Report of the 2017 **Social Forum** (Geneva, 2-4 October 2017)
- A/HRC/37/76      Report of the Ad Hoc Committee on the **elaboration of complementary standards** on the ninth session
- A/HRC/37/77      Report of the Intergovernmental Working Group on the Effective **Implementation of the Durban Declaration** and Programme of Action on its fifteenth session

### **III.1.3 Berichte des OHCHR und des UN Generalsekretariats**

- A/HRC/37/18      Report of the Secretary-General on the **safety of journalists** and the issue of impunity - Note by the Secretariat
- A/HRC/37/19      **Special Fund** established by the Optional Protocol to the Convention against **Torture** and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment - Note by the Secretary-General
- A/HRC/37/20      United Nations **Voluntary Fund for Victims of Torture** - Report of the Secretary-General
- A/HRC/37/21      Measures taken to implement **Human Rights Council resolution 9/8** and obstacles to its implementation, including recommendations for further improving the effectiveness of, harmonizing and reforming the treaty body system - Report of the Secretary-General
- A/HRC/37/25      Right to **access to justice** under article 13 of the Convention on the Rights of **Persons with Disabilities** - Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights
- A/HRC/37/26      Rights of persons belonging to national or ethnic, religious and linguistic **minorities** - Annual report of the United Nations High Commissioner for Human Rights
- A/HRC/37/27      Summary of the discussions held during the seminar entitled “Exchanging national experiences and practices on the implementation of **effective safeguards to prevent torture** and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment during police custody and pretrial detention” - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights
- A/HRC/37/28      Summary report on the panel discussion of the impact of multiple and intersecting forms of **discrimination and violence** in the context of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance on the full enjoyment of all human rights by **women and girls** - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/37/29 Intersessional seminar on cultural rights and the protection of **cultural heritage** - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/37/30 Question of the realization in all countries of economic, social and cultural rights - Report of the Secretary-General on the role of economic, social and cultural rights in building sustainable and resilient societies for the implementation of the **2030 Agenda for Sustainable Development**

A/HRC/37/31 Summary of the biennial Human Rights Council panel discussion on **unilateral coercive measures** and human rights - Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/37/32 Realization of the **right to work**- Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/37/33 Protecting the **rights of the child in humanitarian situations** - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/37/34 Principles and practical guidance on the protection of the human rights of **migrants in vulnerable situations** - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/37/34/Add.1 Addendum

A/HRC/37/35 Summary of the panel discussion on human rights, **climate change, migrants and persons displaced** across international borders - Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/37/36 Summary of the annual full-day of discussion on **women's human rights** - Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/37/38 Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the implementation of Human Rights Council **resolutions S-9/1 and S-12/1**

A/HRC/37/44 **Combating intolerance**, negative stereotyping, stigmatization, discrimination, incitement to violence and violence against persons, based on **religion or belief** - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/37/79 Report of the Chairperson of the Board of Trustees of the United Nations **Voluntary Fund for Technical Cooperation** in the Field of Human Rights

## III.2. Länderberichte

A/HRC/37/3 **Annual report United Nations High Commissioner for Human Rights**

A/HRC/37/3/Add.1 Addendum - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the activities of his office in **Guatemala**

A/HRC/37/3/Add.2 Addendum - Report of the United Nations High Commissioner for

Human Rights on the situation of human rights in **Honduras**

A/HRC/37/3/Add.3 Addendum - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in **Colombia**

A/HRC/37/22 Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the question of human rights in **Cyprus**

A/HRC/37/23 Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on **Sri Lanka**

A/HRC/37/24 Report of the Secretary-General on the situation of human rights in **Iran**

A/HRC/37/68 Note by the Secretariat - Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Islamic Republic of Iran

A/HRC/37/68/Add.1 Note by the Secretariat - Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Islamic Republic of Iran: Comments by State

A/HRC/37/39 Database of all **business enterprises** involved in the activities detailed in paragraph 96 of the report of the independent international fact-finding mission to investigate the implications of the **Israeli settlements** on the civil, political, economic, social and cultural rights of the Palestinian people throughout the **Occupied Palestinian Territory**, including East Jerusalem - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/37/40 Report of the Secretary-General on the human rights in the **occupied Syrian Golan**

A/HRC/37/41 Ensuring accountability and justice for all violations of **international law in the Occupied Palestinian Territory**, including East Jerusalem - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/37/42 **Human rights situation in the Occupied Palestinian Territory**, including East Jerusalem - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/37/75 Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the **Palestinian territories occupied** since 1967

A/HRC/37/43 **Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory**, including East Jerusalem, and in the **occupied Syrian Golan** - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/37/45 Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in **Afghanistan** and on the achievements of technical assistance in the field of human rights

A/HRC/37/46 Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in **Libya**, including on the effectiveness of technical assistance and capacity-building measures received by the Government of Libya

A/HRC/37/64 Report of the Secretary-General on the role and achievements of the Office of the United Nations High Commissioner for Human rights in assisting the Government and the people of **Cambodia** in the promotion and protection of human rights

A/HRC/37/69 Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the **Democratic People's Republic of Korea**

A/HRC/37/70 Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in **Myanmar**

A/HRC/37/71 Report of the Commission on Human Rights in **South Sudan**

A/HRC/37/CRP.2 Report of the Commission on Human Rights in South Sudan

A/HRC/37/72 Report of the Independent International Commission of Inquiry on the **Syrian Arab Republic**

A/HRC/37/CRP.1 Report on the human rights situation in **Ukraine**

A/HRC/37/78 Report of the Independent Expert on the situation of human rights in **Mali**

### **III.3. Universal Periodic Review**

A/HRC/37/4 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Czechia**  
A/HRC/37/4/Add.1 Addendum  
37/101 Outcome of the universal periodic review: Czechia

A/HRC/37/5 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Argentina**  
A/HRC/37/5/Add.1 Addendum  
37/102 Outcome of the universal periodic review: Argentina

A/HRC/37/6 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Gabon**  
A/HRC/37/6/Add.1 Addendum - Views on conclusions and/or recommendations,  
voluntary commitments and replies presented by the State  
37/103 Outcome of the universal periodic review: Gabon

A/HRC/37/7 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Ghana**  
A/HRC/37/7/Add.1 Addendum  
37/104 Outcome of the universal periodic review: Ghana

A/HRC/37/8 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Peru**  
A/HRC/37/8/Add.1 Addendum  
37/105 Outcome of the universal periodic review: Peru

A/HRC/37/9 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Guatemala**

A/HRC/37/9/Add.1 Addendum  
37/106 Outcome of the universal periodic review: Guatemala

A/HRC/37/10 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review – **Benin**  
37/109 Outcome of the universal periodic review: Benin

A/HRC/37/11 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Republic of Korea**

A/HRC/37/11/Add.1 Addendum  
37/108 Outcome of the universal periodic review: Republic of Korea

A/HRC/37/12 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Switzerland**

A/HRC/37/12/Add.1 Addendum  
37/107 Outcome of the universal periodic review: Switzerland

A/HRC/37/13 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Pakistan**

A/HRC/37/13/Add.1 Addendum  
37/110 Outcome of the universal periodic review: Pakistan

A/HRC/37/14 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Zambia**

A/HRC/37/14/Add.1 Addendum - Views on conclusions and/or recommendations,  
voluntary commitments and replies presented by the State  
37/111 Outcome of the universal periodic review: Zambia

A/HRC/37/15 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Japan**

A/HRC/37/15/Add.1 Addendum  
37/112 Outcome of the universal periodic review: Japan

A/HRC/37/16 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Ukraine**

A/HRC/37/16/Add.1 Addendum  
37/113 Outcome of the universal periodic review: Ukraine

A/HRC/37/17 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review - **Sri Lanka**

37/114 Outcome of the universal periodic review: Sri Lanka

#### **III.4. Podiumsdiskussionen**

- Annual high-level panel discussion on **human rights mainstreaming**;
- High-level panel discussion on the **seventieth anniversary of the Universal Declaration of Human Rights** and the **twenty-fifth anniversary of the Vienna Declaration and Programme of Action**;
- Annual full-day meeting on the **rights of the child** (2 panel discussions);
- Annual interactive debate on the rights of **persons with disabilities**;
- High-level panel discussion on violations of the human rights of **children in the Syrian**

### **Arab Republic;**

- Debate on promoting tolerance, inclusion, unity and respect for diversity in the context of **combating racial discrimination.**

## **IV. Resolutionen**

Wenn nicht anders vermerkt, wurden die Resolutionen ohne Antrag auf Abstimmung angenommen (Konsens); unbeschadet vorhergehender Änderungsanträge. Einzelheiten zu den Abstimmungsergebnissen über Änderungsanträge sind über das HRC Extranet einsehbar: [www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/Pages/HRCRegistration.aspx](http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/Pages/HRCRegistration.aspx) / 37th Session / Draft resolutions, decisions and President's statements

### **Resolutionen**

#### **37/1 The deteriorating situation of human rights in Eastern Ghouta, in the Syrian Arab Republic**

29:4, 14 Enthaltungen

Dafür: Afghanistan, Australia, Belgium, Brazil, Chile, Côte d'Ivoire, Croatia, Georgia, Germany, Hungary, Japan, Mexico, Panama, Peru, Qatar, Republic of Korea, Rwanda, Saudi Arabia, Senegal, Slovakia, Slovenia, Spain, Switzerland, Togo, Tunisia, Ukraine, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, United States of America

Dagegen: Burundi, China, Cuba, Venezuela

Enthaltung: Angola, Democratic Republic of the Congo, Ecuador, Egypt, Ethiopia, Iraq, Kenya, Kyrgyzstan, Mongolia, Nepal, Nigeria, Pakistan, Philippines, South Africa

8 schriftliche Änderungsanträge, 4 seitens russischer Föderation (L.2-L.5), alle abgelehnt, 4 seitens Südafrika (L.6-L.9), alle zurückgezogen

#### **37/2 The right to privacy in the digital age**

#### **37/3 Integrity of the judicial system**

23:2, 22 Enthaltungen

Dafür: Angola, Brazil, Burundi, Chile, China, Côte d'Ivoire, Cuba, Ecuador, Egypt, Ethiopia, Kenya, Kyrgyzstan, Mexico, Nepal, Pakistan, Panama, Peru, Philippines, Rwanda, South Africa, Tunisia, United Arab Emirates, Venezuela

Dagegen: Georgia, United States of America

Enthaltung: Afghanistan, Australia, Belgium, Croatia, Democratic Republic of the Congo, Germany, Hungary, Iraq, Japan, Mongolia, Nigeria, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Senegal, Slovakia, Slovenia, Spain, Switzerland, Togo, Ukraine, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

#### **37/4 Adequate housing as a component of the right to an adequate standard of living, and the right to non-discrimination in this context**

#### **37/5 Mandate of the Independent Expert on the enjoyment of human rights by persons with albinism**

#### **37/6 The role of good governance in the promotion and protection of human rights**

37/7 Promoting human rights and **Sustainable Development Goals** through transparent, accountable and efficient public services delivery

37/8 Human rights and the **environment**

37/9 **Freedom of religion or belief**

37/10 The **right to food**

46:1

Dafür: Afghanistan, Angola, Australia, Belgium, Brazil, Burundi, Chile, China, Côte d'Ivoire, Croatia, Cuba, Democratic Republic of the Congo, Ecuador, Egypt, Ethiopia, Georgia, Germany, Hungary, Iraq, Japan, Kenya, Kyrgyzstan, Mexico, Mongolia, Nepal, Nigeria, Pakistan, Panama, Peru, Philippines, Qatar, Republic of Korea, Rwanda, Saudi Arabia, Senegal, Slovakia, Slovenia, South Africa, Spain, Switzerland, Togo, Tunisia, Ukraine, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Venezuela

Dagegen: United States of America

37/11 The **effects of foreign debt** and other related international financial obligations of States on the full enjoyment of all human rights, particularly economic, social and cultural rights

27:16, 4 Enthaltungen

Dafür: Angola, Burundi, Chile, China, Côte d'Ivoire, Cuba, Democratic Republic of the Congo, Ecuador, Egypt, Ethiopia, Iraq, Kenya, Kyrgyzstan, Mongolia, Nepal, Nigeria, Pakistan, Philippines, Qatar, Rwanda, Saudi Arabia, Senegal, South Africa, Togo, Tunisia, United Arab Emirates, Venezuela

Dagegen: Australia, Belgium, Brazil, Croatia, Georgia, Germany, Hungary, Japan, Republic of Korea, Slovakia, Slovenia, Spain, Switzerland, Ukraine, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, United States of America

Enthaltung: Afghanistan, Mexico, Panama, Peru

37/12 Mandate of the Special Rapporteur in the field of **cultural rights**

37/13 Question of the **realization in all countries of economic, social and cultural rights**

37/14 Rights of persons belonging to national or ethnic, religious and linguistic **minorities**

37/15 High-level intersessional discussion celebrating the **centenary of Nelson Mandela**

37/16 **Right to work**

37/17 Cultural rights and the protection of **cultural heritage**

37/18 Promoting human rights through **sport and the Olympic ideal**

37/19 The **negative impact of corruption** on the right to be free from torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment

37/20 **Rights of the child:** protection of the rights of the child in humanitarian situations

37/21 Human rights and **unilateral coercive measures**

28:15, 3 Enthaltungen

Dafür: Angola, Burundi, Chile, China, Côte d'Ivoire, Cuba, Democratic Republic of the Congo, Ecuador, Egypt, Ethiopia, Iraq, Kenya, Kyrgyzstan, Mongolia, Nepal, Nigeria, Pakistan, Peru, Philippines, Qatar, Rwanda, Saudi Arabia, Senegal, South Africa, Togo, Tunisia, United Arab Emirates, Venezuela

Dagegen: Australia, Belgium, Croatia, Georgia, Germany, Hungary, Japan, Republic of Korea, Slovakia, Slovenia, Spain, Switzerland, Ukraine, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, United States of America

Enthaltung: Afghanistan, Brazil, Mexico

**37/22 Equality and non-discrimination of persons with disabilities** and the right of persons with disabilities to access to justice

**37/23 Promoting mutually beneficial cooperation in the field of human rights**

28:1, 17 Enthaltungen

Dafür: Angola, Brazil, Burundi, Chile, China, Côte d'Ivoire, Cuba, Democratic Republic of the Congo, Ecuador, Egypt, Ethiopia, Iraq, Kenya, Kyrgyzstan, Mexico, Mongolia, Nepal, Nigeria, Pakistan, Panama, Philippines, Qatar, Saudi Arabia, Senegal, South Africa, Togo, United Arab Emirates, Venezuela

Dagegen: United States of America

Enthaltung: Afghanistan, Australia, Belgium, Croatia, Georgia, Germany, Hungary, Japan, Peru, Republic of Korea, Rwanda, Slovakia, Slovenia, Spain, Switzerland, Ukraine, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

**37/24 Promotion and protection of human rights and the implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development**

**37/25 The need for an integrated approach to the implementation of the 2030 Agenda** for Sustainable Development for the full realization of human rights, focusing holistically on the means of implementation

**37/26 Prevention of genocide**

7 schriftliche Änderungsanträge, 6x Türkei (L.51-54, L.56-57), 1x Pakistan (L.55), alle zurückgezogen

**37/27 Terrorism and human rights**

Ein schriftlicher Änderungsantrag durch Südafrika (L.63) abgelehnt

**37/28 Situation of human rights in the Democratic People's Republic of Korea**

**37/29 The human rights situation in the Syrian Arab Republic**

27:4, 16 Enthaltungen

Dafür: Afghanistan, Australia, Belgium, Brazil, Chile, Côte d'Ivoire, Croatia, Georgia, Germany, Hungary, Japan, Mexico, Panama, Peru, Qatar, Republic of Korea, Rwanda, Saudi Arabia, Slovakia, Slovenia, Spain, Switzerland, Togo, Ukraine, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, United States of America

Dagegen: Burundi, China, Cuba, Venezuela

Enthaltung: Angola, Democratic Republic of the Congo, Ecuador, Egypt, Ethiopia, Iraq, Kenya, Kyrgyzstan, Mongolia, Nepal, Nigeria, Pakistan, Philippines, Senegal, South Africa, Tunisia  
ein schriftlicher Änderungsantrag durch russische Föderation (L.60) abgelehnt

**37/30 Situation of human rights in the Islamic Republic of Iran**

21:7, 19 Enthaltungen

Dafür: Australia, Belgium, Chile, Côte d'Ivoire, Croatia, Germany, Hungary, Japan, Mexico, Panama, Peru, Republic of Korea, Saudi Arabia, Slovakia, Slovenia, Spain, Switzerland, Ukraine, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, United States of America

Dagegen: Burundi, China, Cuba, Iraq, Kyrgyzstan, Pakistan, Venezuela

Enthaltung: Afghanistan, Angola, Brazil, Democratic Republic of the Congo, Ecuador, Egypt, Ethiopia, Georgia, Kenya, Mongolia, Nepal, Nigeria, Philippines, Qatar, Rwanda, Senegal, South Africa, Togo, Tunisia

### 37/31 Situation of human rights in **South Sudan**

#### 37/32 Situation of human rights in **Myanmar**

32:5, 10 Enthaltungen

Dafür: Afghanistan, Australia, Belgium, Brazil, Chile, Côte d'Ivoire, Croatia, Egypt, Georgia, Germany, Hungary, Iraq, Kyrgyzstan, Mexico, Nigeria, Pakistan, Panama, Peru, Qatar, Republic of Korea, Rwanda, Saudi Arabia, Slovakia, Slovenia, Spain, Switzerland, Togo, Tunisia, Ukraine, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, United States of America

Dagegen: Burundi, China, Cuba, Philippines, Venezuela

Enthaltung: Angola, Democratic Republic of the Congo, Ecuador, Ethiopia, Japan, Kenya, Mongolia, Nepal, Senegal, South Africa

#### 37/33 Human rights in the **occupied Syrian Golan**

25:14, 7 Enthaltungen

Dafür: Afghanistan, Angola, Brazil, Burundi, Chile, China, Côte d'Ivoire, Cuba, Ecuador, Egypt, Ethiopia, Iraq, Kenya, Kyrgyzstan, Nepal, Nigeria, Pakistan, Peru, Qatar, Saudi Arabia, Senegal, South Africa, Tunisia, United Arab Emirates, Venezuela

Dagegen: Australia, Belgium, Croatia, Georgia, Germany, Hungary, Panama, Slovakia, Slovenia, Spain, Togo, Ukraine, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, United States of America

Enthaltung: Democratic Republic of the Congo, Japan, Mexico, Philippines, Republic of Korea, Rwanda, Switzerland

#### 37/34 Right of the Palestinian people to self-determination

43:2, 1 abstention

Dafür: Afghanistan, Angola, Belgium, Brazil, Burundi, Chile, China, Côte d'Ivoire, Croatia, Cuba, Ecuador, Egypt, Ethiopia, Georgia, Germany, Hungary, Iraq, Japan, Kenya, Kyrgyzstan, Mexico, Nepal, Nigeria, Pakistan, Panama, Peru, Philippines, Qatar, Republic of Korea, Rwanda, Saudi Arabia, Senegal, Slovakia, Slovenia, South Africa, Spain, Switzerland, Togo, Tunisia, Ukraine, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Venezuela

Dagegen: Australia, United States of America

Enthaltung: Democratic Republic of the Congo

#### 37/35 Human rights situation in the **Occupied Palestinian Territory**, including East Jerusalem

41:3, 2 Enthaltungen

Dafür: Afghanistan, Angola, Belgium, Brazil, Burundi, Chile, China, Côte d'Ivoire, Croatia, Cuba, Ecuador, Egypt, Ethiopia, Georgia, Germany, Hungary, Iraq, Japan, Kenya, Kyrgyzstan, Mexico, Nepal, Nigeria, Pakistan, Panama, Peru, Philippines, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Senegal, Slovakia, Slovenia, South Africa, Spain, Switzerland, Tunisia, Ukraine, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Venezuela

Dagegen: Australia, Togo, United States of America

Enthaltung: Democratic Republic of the Congo, Rwanda

37/36 **Israeli settlements** in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan

34:4, 8 Enthaltungen

Daftür: Afghanistan, Angola, Belgium, Brazil, Burundi, Chile, China, Côte d'Ivoire, Cuba, Ecuador, Egypt, Ethiopia, Germany, Iraq, Japan, Kenya, Kyrgyzstan, Mexico, Nepal, Nigeria, Pakistan, Peru, Philippines, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Senegal, Slovenia, South Africa, Spain, Switzerland, Tunisia, United Arab Emirates, Venezuela

Dagegen: Australia, Hungary, Togo, United States of America

Enthaltung: Croatia, Democratic Republic of the Congo, Georgia, Panama, Rwanda, Slovakia, Ukraine, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

37/37 Ensuring accountability and justice for all violations of **international law in the Occupied Palestinian Territory**, including East Jerusalem

27:4, 15 Enthaltungen

Daftür: Afghanistan, Angola, Belgium, Brazil, Burundi, Chile, China, Côte d'Ivoire, Cuba, Ecuador, Egypt, Iraq, Kyrgyzstan, Nepal, Nigeria, Pakistan, Peru, Philippines, Qatar, Saudi Arabia, Senegal, Slovenia, South Africa, Switzerland, Tunisia, United Arab Emirates, Venezuela

Dagegen: Australia, Togo, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, United States of America

Enthaltung: Croatia, Democratic Republic of the Congo, Ethiopia, Georgia, Germany, Hungary, Japan, Kenya, Mexico, Panama, Republic of Korea, Rwanda, Slovakia, Spain, Ukraine

37/38 **Combating intolerance**, negative stereotyping and stigmatization of, and discrimination, incitement to violence against, persons based on **religion or belief**

37/39 Assistance technique et renforcement des capacités dans le domaine des droits de l'homme au **Mali**

37/40 **Cooperation with Georgia**

19:5, 23 Enthaltungen

Daftür: Australia, Belgium, Côte d'Ivoire, Croatia, Democratic Republic of the Congo, Georgia, Germany, Hungary, Japan, Mexico, Panama, Peru, Slovakia, Slovenia, Spain, Togo, Ukraine, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, United States of America

Dagegen: Burundi, China, Cuba, Philippines, Venezuela

Enthaltung: Afghanistan, Angola, Brazil, Chile, Ecuador, Egypt, Ethiopia, Iraq, Kenya, Kyrgyzstan, Mongolia, Nepal, Nigeria, Pakistan, Qatar, Republic of Korea, Rwanda, Saudi Arabia, Senegal, South Africa, Switzerland, Tunisia, United Arab Emirates

37/41 Technical assistance and capacity-building to improve human rights in **Libya**

37/42 Contribution to the implementation of the joint commitment to effectively addressing and **countering the world drug problem** with regard to human rights

26:10, 11 Enthaltungen

Daftür: Angola, Australia, Belgium, Brazil, Chile, Croatia, Ecuador, Georgia, Germany, Hungary, Japan, Kyrgyzstan, Mexico, Mongolia, Nepal, Panama, Peru, Republic of Korea, Rwanda, Slovakia, Slovenia, Spain, Switzerland, Ukraine, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, United States of America

Dagegen: Burundi, China, Cuba, Egypt, Iraq, Pakistan, Philippines, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Venezuela

Enthaltung: Afghanistan, Côte d'Ivoire, Democratic Republic of the Congo, Ethiopia, Kenya, Nigeria, Qatar, Senegal, South Africa, Togo, Tunisia

4 schriftliche Änderungsanträge, L. 58 seitens Cuba angenommen, L. 59 seitens russischer Föderation zurückgezogen, L. 61 / Philippinen, L. 62 / Ägypten jeweils abgelehnt

## Berufung neuer Mandatsträger/-innen

Folgende Mandate wurden neu besetzt:

- **Nyaletsossi Clément Voule** (Togo), Special Rapporteur on freedom of *peaceful assembly and association*
- **Fabián Salvioli** (Argentina), Special Rapporteur on the promotion of *truth, justice, reparation and guarantees of non-recurrence*
- **Livingstone Sewanyana** (Uganda), Independent Expert on the promotion of a democratic and equitable *international order*
- **Alioune Tine** (Senegal), Independent Expert on the situation of human rights in *Mali*
- **Chris Kwaja** (Nigeria), **Jelena Aparac** (Croatia) und **Lilian Bobea** (Dominican Republic) für die **Working Group** on the use of *mercenaries* as a means of violating human rights and impeding the exercise of the right of peoples to self-determination
- **Albert Kwokwo Barume** (Democratic Republic of the Congo) und **Kristen Carpenter** (USA) für den **Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples**